

## USA verschärfen militärische Spannungen mit China

Valery Kulikov

Die Spannungen zwischen den USA und China, die in den letzten Jahrzehnten vor allem unter Donald Trump ein hohes Maß an Intensität erreicht haben, sind mit dem Amtsantritt von Joe Biden im Weißen Haus weiter eskaliert. Trotz der tiefgreifenden Widersprüche zwischen Republikanern und Demokraten in den meisten politischen und internationalen Fragen (in den letzten Jahren) hat es beim Thema China einen seltenen Konsens über die Notwendigkeit eines harten Kurses gegenüber diesem Land gegeben. Es ist auch bemerkenswert, dass Joe Biden, seit er unter Barack Obama Vizepräsident war, eine deutlich härtere Haltung gegenüber China eingenommen hat.

Die zunehmenden Spannungen in den Beziehungen zwischen China und den USA lassen sich deutlich an den Ereignissen des Jahres 2022 ablesen, als im Mai die Formulierung über die Anerkennung Taiwans als Teil Chinas von der Website des Außenministeriums entfernt wurde. Und im August besuchte Nancy Pelosi, die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, die Insel mit der offen provokativen Absicht, als erste hochrangige amerikanische Politikerin dorthin zu reisen, trotz Warnungen aus Peking. Als Reaktion darauf führte China massive Schießübungen rund um die Insel durch und setzte den bilateralen Dialog mit Washington zu einer Vielzahl von Themen aus.

Um diese provokative Politik zu „zementieren“, schickte das Weiße Haus nach Nancy Pelosi nicht nur andere Vertreter des amerikanischen politischen Establishments nach Taiwan, sondern auch politische Delegationen aus mehreren europäischen Satellitenstaaten Washingtons, die sich an den Plänen zur Schürung des chinesischen Separatismus beteiligten. Um Sicherheitsrisiken in der Region zu schaffen, begannen die USA, fast regelmäßig demonstrative Fahrten ihrer Kriegsschiffe durch die Straße von Taiwan durchzuführen. Eine dieser Fahrten fand am 5. Januar statt, an der auch die *Arleigh Burke*, ein Zerstörer mit Lenkflugkörpern, teilnahm. In jüngster Zeit hat auch Japan, der wichtigste regionale Verbündete der USA, damit begonnen, den separatistischen Kräften in Taiwan deutliche Signale zu senden, was den Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, Ende Dezember dazu veranlasste, an Tokio zu appellieren, die Beziehungen zu Taipeh offiziell zu kappen.

Im Rahmen der jüngsten anti-chinesischen Politik begannen die USA, Taiwan intensiv mit modernen Waffen zu versorgen und nach dem Vorbild der Ukraine-Krise den notwendigen Waffenvorrat zu schaffen, bevor es zu einem möglichen bewaffneten Konflikt kommt. So genehmigte das US-Außenministerium Ende des vergangenen Jahres ein 1,1-Milliarden-Dollar-Geschäft zur Versorgung Taiwans mit Waffen, darunter AGM-84K Harpoon Block II Schiffsabwehrraketen, AIM-9X Block II Sidewinder Luft-Luft-Raketen und Radaranlagen. Der neue US-Verteidigungshaushalt, der am 23. Dezember 2022 von Präsident Joe Biden unterzeichnet wurde, sieht militärische Unterstützung für Taiwan in Höhe von 10 Mrd. USD vor, die insbesondere die Lieferung von ferngesteuerten Panzerabwehrminensystemen M136 Volcano im Wert von 180 Mio. USD umfasst.

Ende Dezember brachte der offizielle Vertreter des chinesischen Verteidigungsministeriums Tan Kefei die extreme Unzufriedenheit Pekings mit dieser Politik zum Ausdruck und räumte ein, dass

ein solcher Kurs nur zu einer Eskalation der Spannungen und möglichen bewaffneten Konfrontationen sowie zu einem militärischen Zusammenstoß (analog zur Ukraine-Krise) zwischen Vertretern einer Nation führe. Gleichzeitig versprach die chinesische Seite, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, und forderte die USA auf, keine Waffen mehr an Taipeh zu verkaufen und die Kontakte mit dem taiwanesischen Militär einzustellen, andernfalls werde Washington „selbst in dem Feuer verbrennen, das es geschaffen hat“.

Vor dem Hintergrund dieser provokativen US-Aktionen wurden die chinesischen Streitkräfte Anfang Januar 2023 in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

In der Spirale der eskalierenden Beziehungen zu China hat Washington in letzter Zeit begonnen, nicht nur das Vereinigte Königreich und andere westeuropäische Länder, sondern auch seine Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum, nämlich Australien, Südkorea und Japan, aktiv einzubeziehen.

Während Japan früher in militärischen Konfrontationen keine große Rolle spielte, drängen die USA das Land heute dazu, sein militärisches Potenzial auszubauen, um es in möglichen regionalen Konflikten, vor allem mit China, einzusetzen. Gleichzeitig geht Washington davon aus, dass sich Japan mit seiner starken Flotte und der Fähigkeit, viele Arten von Waffen und Ausrüstungen unabhängig zu produzieren, heute zu einer beeindruckenden Militärmacht entwickelt hat. Auch Tokio stellt vollwertige Streitkräfte auf, erhöht den Verteidigungshaushalt und ändert seine Verteidigungsstrategie mit Zustimmung Washingtons.

In dieser Hinsicht rechnen die USA eindeutig mit der Möglichkeit, das militärische Potenzial Japans im Falle einer Eskalation des Konflikts in Taiwan zu nutzen. Denn ohne sich auf regionale Verbündete zu stützen und deren Kanonenfutter zu nutzen, können die USA dem von ihnen ausgelösten Wettrennen mit China allein nicht standhalten. Und im Falle einer Verschärfung des Konflikts um Taiwan wird Japan die Hauptbasis für die Operationen der amerikanischen Streitkräfte gegen China sein, die Amerikaner unterstützen und ihnen Deckung, Nachschub und Verteidigung bieten.

Diese Berechnungen des militärisch-strategischen Einsatzes Japans in der heutigen Situation zeigen sich besonders deutlich nach den Ergebnissen der Gespräche, die am 12. Januar in Washington zwischen den Leitern der Außen- und Militärministerien der USA und Japans stattfanden. Bei diesen Gesprächen wurde wiederholt an die Verpflichtung beider Länder gemäß Artikel 5 des Vertrags über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit appelliert, alle militärischen Möglichkeiten, einschließlich der nuklearen, zu nutzen.

In der gemeinsamen Erklärung werden Fragen im Zusammenhang mit der Abdeckung Japans durch den amerikanischen Nuklearschirm ausführlich erörtert und die Absicht beider Länder bekräftigt, die Zusammenarbeit bei der erweiterten Abschreckung des „potenziellen Gegners“ zu verstärken. Sie impliziert auch, dass China „die größte gemeinsame Herausforderung für die USA und Japan sowie für ihre Verbündeten und Partner“ ist, so eine Erklärung des US-Außenministers Antony Blinken während des Treffens in Washington.

Pentagon-Chef Lloyd Austin wies seinerseits auf die Absicht der USA hin, die Präsenz der US-Streitkräfte in Japan durch die vorgezogene Stationierung vielseitigerer, mobilerer und widerstandsfähigerer Einheiten zu optimieren und auch die Präsenz der US-Marine in Japan durch die Bildung eines neuen Küstenschutzregiments auszubauen. Er betonte auch, dass Washington die Entschei-

derung der japanischen Behörden, durch den Erwerb von Raketenwaffen die Fähigkeiten zum Gegenangriff auszubauen und das amerikanisch-japanische Militärbündnis zu stärken, auch durch eine engere Interaktion und die Nutzung dieses Potenzials, voll unterstützt. Es wurde auch betont, dass die von Japan kontrollierten Senkaku (Diaoyu)-Inseln, die Gegenstand eines Territorialstreits mit China sind, unter den Sicherheitsvertrag zwischen Japan und den USA fallen und die amerikanische Seite sich strikt an diese Bestimmung halten wird.

Gleichzeitig sind sich die USA und ihre Verbündeten darüber im Klaren, dass sie den Versuch Chinas, die Kontrolle über Taiwan mit Gewalt zu erlangen, nur um den Preis des Verlustes von Zehntausenden von Militärangehörigen zurückschlagen können. Dies wurde insbesondere vom *Center for Strategic and International Studies* in Washington bestätigt, das die Studie „The First Battle of the Next War“ veröffentlicht und ein Computerspiel zu diesem Thema entwickelt hat.

Es sei darauf hingewiesen, dass selbst die Briten, die den USA gegenüber besonders loyal sind, in ihren Kommentaren zu einem solchen Krieg mit China Washington daran [erinnern](#), „nicht zu vergessen, wie das Fiasko in Afghanistan ausgegangen ist“. Die Leiterin des Sonderausschusses für auswärtige Angelegenheiten des britischen Unterhauses, Alisha Kearns, betonte ebenfalls, dass die Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine auf die Briten „im Vergleich zu einem Konflikt um Taiwan vernachlässigbar“ seien.

Trotz der dringenden Genehmigung des Vorschlags zur Bildung eines Sonderausschusses für China durch das US-Repräsentantenhaus am 11. Januar hat US-Außenminister Antony Blinken in einem Telefongespräch mit dem neuen chinesischen Außenminister Qin Gang die Bedeutung und Notwendigkeit der Aufrechterhaltung offener Kommunikationslinien zwischen Washington und Peking anerkannt.

In Anbetracht der mangelnden Vorhersehbarkeit der US-Politik unter der Regierung Joe Biden, die das Weiße Haus in letzter Zeit wiederholt unter Beweis gestellt hat, ist es jedoch sehr schwierig zu garantieren, dass Washington die Spannungen in den Beziehungen zu Peking abbauen wird. Dies wird unter anderem durch die Prognosen des stellvertretenden Verteidigungsministers für indopazifische Sicherheitsangelegenheiten, Ely Ratner, bestätigt, der Anfang Dezember erklärte, dass 2023 „das umwälzendste Jahr für die US-Streitkräfte im indopazifischen Raum seit einer Generation sein könnte“. Vor diesem Hintergrund sind Chinas jüngste Warnung an die USA vor den anhaltenden Provokationen rund um Taiwan und der Vorschlag, friedlichen Methoden zur Lösung der Taiwan-Frage Vorrang einzuräumen, durchaus gerechtfertigt.